

mie bis hin zu Antidiskriminierungspolitiken und zur gewerkschaftlichen Organisation prekär Beschäftigter reicht. Wichtig ist, dass offensive Partizipationspolitiken gerade auch am Arbeitsplatz und in den Unternehmen ansetzen. Eine Sensibilisierung der Interessenvertretungen und eine Etablierung von Qualitätsstandards für »gute Arbeit« sind hierfür unabdingbar.

Wirklich offensiv werden Entprekariierungsstrategien aber erst, wenn sie in eine ganzheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingebettet werden. Die skandinavischen Länder mit ihren noch immer generösen Wohlfahrtsstaaten beweisen, dass niedrige Langzeitarbeitslosigkeit keineswegs mit dem Preis einer fortschreitenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse erkaufte werden muss. Sie verdeutlichen, dass Einkommens- und vor allem Beschäftigungssicherheit für gesellschaftliche Mehrheiten eine *Voraussetzung* für und keineswegs die *Folge* von individueller Flexibilität in der Arbeitswelt ist. Diesen Zusammenhang zu verdeutlichen,

gehört im Grunde zum, längere Zeit wohl vernachlässigten, sozialdemokratischen Kerngeschäft. Allerdings – und hier hat Sloterdijk ein wenig Recht – taugt auch das nordische Wohlfahrtsstaatsmodell nicht mehr als universelles Leitbild. Die sogenannten Leistungsträger, die sich in ihrer Mehrheit übrigens gegen »mehr Druck auf Arbeitslose« aussprechen, müssen davon überzeugt werden, dass ein »Green New Deal«, wie er inzwischen geradezu als letzter Rettungsanker kapitalistischen Wachstums diskutiert wird, ohne eine Verknüpfung mit sozialer Nachhaltigkeit und mit Demokratisierungszielen letztendlich nicht zu haben ist. Hier liegt das entscheidende Problem. Es geht um nicht weniger, als um eine Alternative zum zeitgenössischen Finanzmarktkapitalismus. Dass sie für solch grundlegende gesellschaftliche Alternativen und damit für einen politischen Antagonismus stand, hat die Linke in der Vergangenheit stark gemacht. Gelingt es ihr nicht, den Diskurs um eine humane Transformation des Kapitalismus wieder zu besetzen, verliert sie ihre Existenzberechtigung.

Ulrike Merten

## Nicht nur Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt

*Anstatt sich in einer überflüssigen Diskussion darüber zu verstricken, ob man bei dem Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan nun von Stabilisierungseinsatz, Kampfeinsatz oder von Krieg sprechen sollte, wäre es wesentlich sinnvoller, an einer breiteren Unterstützung der Bevölkerung zu arbeiten. Gute Gründe für ein weiteres Engagement gibt es nämlich zur Genüge.*

Zu behaupten, das Thema Afghanistan würde die Menschen ständig umtreiben, wäre – gelinde gesagt – eine Übertreibung. Es rückt aber immer dann ins Blickfeld, wenn sich die Lage dort ein weiteres Mal zuspitzt und sich dies mit Tod oder Verwundung deutscher Soldaten verbindet. Dies ist leider in den vergangenen Mona-



Susanna Herakowitz

### Ulrike Merten

(\* 1951) war MdB von 1998 bis 2009, von 2002 bis 2005 stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion und seit 2005 Vorsitzende des Verteidigungsausschusses.

ulrike.merten-hamann@web.de

ten viel zu häufig der Fall gewesen. Umso erstaunlicher ist es, dass wir nicht schon längst eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte darüber führen, ob dieser Einsatz nicht nur von Regierung und Parlament unterstützt und getragen werden muss, sondern auch in der Bevölkerung unseres Landes einer breiteren Unterstützung bedarf, als das bisher der Fall ist.

Einer der Gründe für die mangelnde Unterstützung könnte darin liegen, dass es bisher nicht gelungen ist, das deutsche Engagement nachvollziehbar und überzeugend zu erklären. Ein Umstand, der seit langem von den Soldaten beklagt wird. Diese Kritik zielt auf Regierung und Parlament. Zu lange schon währt der fruchtlose Streit darüber, ob der Einsatz am Hindukusch nun ein Stabilisierungseinsatz oder ein Kampfeinsatz ist, oder ob wir gar von Krieg sprechen müssen. Viel notwendiger wäre es, immer und immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, was die Grundlagen und Ziele unseres Handelns in Afghanistan sind.

Dazu muss man noch einmal auf das Jahr 2001 zurückblicken. Damals, nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon, die u.a. in Afghanistan geplant und vorbereitet worden waren, zog die internationale Staatengemeinschaft daraus den Schluss, dass, um weiteren Anschlägen vorzubeugen, das Terrornetzwerk von Al-Qaida zerschlagen werden müsse. Ziel war es, dafür zu sorgen, dass von Afghanistan zukünftig keine terroristische Bedrohung mehr ausgehen sollte. Die erste Konferenz zur Sicherheit in Afghanistan, die im Dezember 2001 auf dem Petersberg bei Bonn stattfand, entwickelte einen ambitionierten Plan Stabilität in Afghanistan herzustellen und eine politische Entwicklung voranzutreiben, die den Menschen dort Sicherheit, Frieden und Freiheit bringen sollte, um so einen Rückfall in den früheren Zustand zu verhindern. Die Macht der Taliban, die es überhaupt erst möglich gemacht hatte, dass Al-Qaida das Land als Trainings- und Rückzugsort nutzen konn-

te, sollte auf Dauer beendet werden. Die später gewählte Regierung Afghanistans hat die internationale Gemeinschaft ausdrücklich um Unterstützung gebeten und sich darin bislang auch nicht korrigiert.

Dies wird gern von jenen übersehen, die das deutsche Engagement grundsätzlich ablehnen, oder zumindest die militärische Komponente in Frage stellen. Dass die Fragezeichen, die sicher nicht völlig zu Unrecht bei dem Zustandekommen des Wahlergebnisses der jüngst zurückliegenden Präsidentenwahlen gemacht werden müssen, die Diskussion nicht leichter machen, liegt auf der Hand.

### **Überzeugende Gesamtstrategie erforderlich**

Erschwerend kommt hinzu, dass nicht absehbar ist, wann genau der Einsatz unter verantwortungsvollen Bedingungen beendet werden kann. Sicher ist, dass die Schwierigkeit der Aufgabe von allen unterschätzt worden ist. Kaum jemand hat Ende 2001 genügend Weitsicht entwickelt, um zu erkennen, dass Stabilität nur hergestellt und der Wiederaufbau gelingen kann, wenn eine überzeugende Gesamtstrategie vorliegt. Diese hat zwingend ein Konzept für die zivile Entwicklung zu umfassen. Dazu gehört der Aufbau der Polizei, der immer noch mehr als unbefriedigend ist. Das gilt gleichermaßen für den Aufbau von Justiz und Verwaltung. Wenig zufriedenstellend sind ebenso die Ergebnisse der Korruptionsbekämpfung. Hier ist die afghanische Regierung stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen. Die Zeit, in der den wenig glaubwürdigen Zusicherungen des Präsidenten nur allzu gern Glauben geschenkt wurde, er sei an der Lösung dieses Problems ernsthaft interessiert, muss endgültig zu Ende sein. Als weiteres Problem ist der Opiumanbau zu nennen. Hierzu gibt es allerdings erst dann Aussicht auf Erfolg, wenn ein wirklich realistisches Konzept

auf dem Tisch liegt, dass nicht nur den Mohnanbau und die Aufbereitung im Labor verhindert, sondern den Bauern, die jetzt noch vom Verkauf des Opiums ihre Familien ernähren, eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive geboten wird. Gelingt das nicht, dann wird das Gewinnen von Herzen und Köpfen der afghanischen Bevölkerung noch schwerer werden als es jetzt schon ist. Neben dem weiteren Aufbau der afghanischen Armee, der unabdingbar ist, sollen die Afghanen in nicht allzu ferner Zukunft für ihre Sicherheit selber sorgen, gehört ebenso die Einbindung des Nachbarn Pakistan in eine überzeugende Gesamtstrategie wie die Erkenntnis, dass ohne den Iran in dieser Region nichts geht.

### **Zustimmung der Bevölkerung gewinnen**

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie kompliziert die Lage am Hindukusch ist. Einfache Antworten gibt es leider nicht. Bleibt die – leider auch komplizierte – Frage, ob Deutschlands Sicherheit wirklich »am Hindukusch verteidigt wird«. Würde man diese Frage, bezogen auf ihr eigenes Heimatland, an Menschen in New York, London oder Madrid richten, dann würde dies mit einem entschiedenen Ja beantwortet werden. Sie empfinden die Bedrohung als unmittelbar, waren ihre Bürger doch Opfer terroristischer Anschläge. Deutschland ist bisher mit viel Glück verschont geblieben. Es war aber nicht nur Glück, ausschlaggebend waren die Ermittlungserfolge deutscher Sicherheitsbehörden.

Wie eng der Zusammenhang zwischen der Bedrohung durch terroristische Anschläge und der Situation in Afghanistan ist, haben die vergangenen Monate gezeigt. Hatte sich die Sicherheitslage in der Nordregion Afghanistans, dem Verantwortungsbereich der Bundeswehr, schon in den vergangenen zwei Jahren erheblich verschlechtert, so hatte sich diese Tendenz bis zum

Frühjahr nicht nur verfestigt, sondern schien vielmehr auf einer neuen Eskalationsstufe angekommen zu sein. Die Soldaten der Bundeswehr wurden immer häufiger in Kampfhandlungen mit militärisch operierenden Kräften verwickelt oder waren Ziel sich häufender Anschläge auf ihr Feldlager, besonders das in Kunduz. Gleichzeitig gab es sehr ernst zu nehmende Hinweise, dass Deutschland im Fokus geplanter Anschläge stehen würde. Es ist naheliegend, dass hier ein Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl bestand, in deren Vorfeld die Stimmung zugunsten eines schnellen Abzugs geschürt werden sollte. Zum Glück haben die Parteien im Bundestag, die dem Einsatz in der Vergangenheit mehrheitlich zugestimmt haben, der Versuchung widerstanden, von ihrer bisherigen Linie aus Wahlkampfgründen abzurücken.

Das änderte sich auch nicht, als bei einer angeforderten Luftunterstützung durch einen deutschen Oberst, der einen möglichen Anschlag mit zwei, von Taliban gekaperten, Tanklastzügen auf das Feldlager Kunduz verhindern wollte, es zahlreiche Opfer gab, darunter auch eine nicht geklärte Zahl von Zivilisten. Bis heute ist strittig, ob die angeforderte Luftunterstützung als angemessene Reaktion gelten kann. Die Meinungen darüber gehen bei denen, die den geheimen NATO-Bericht kennen, auseinander.

Die neue Bundesregierung wäre klug beraten, wenn sie die Ergebnisse des Berichts so transparent wie möglich machte. Das ist aus mehreren Gründen von Bedeutung. Nur bei größtmöglicher Offenheit wird sie die Reputation des als besonnen und erfahren geltenden Oberst Klein schützen können. Daran muss nicht nur dem Verteidigungsminister gelegen sein. Denn erst wenn es keinen Raum mehr für Interpretationen gibt, ist Sorge getragen, dass der Einsatz nicht in Misskredit gerät. Das ist deshalb so wichtig, weil dem Mandat nicht nur das Parlament mehrheitlich

zustimmen muss, sondern weil dieser Einsatz auch und gerade die Zustimmung der Bevölkerung benötigt. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sich nicht hinter einer undurchdringlichen Mauer der Ablehnung verschanzen, sind sie bereit zuzuhören, können es überhaupt erst. Dann könnte ihnen die Sorge genommen werden, deutsche Soldaten wären dort als Besatzer, oder würden für ein aussichtsloses Unterfangen geopfert, Geld, das hier in Deutschland so dringend benötigt wird, würde in Afghanistan ohne Wirkung versickern, um nur einige Vorbehalte zu nennen. Sie würden hören, dass es nicht darum geht, den Afghanen ein Leben nach west-

lichem Muster aufzuzwingen, nicht nur weil es vermessen und falsch wäre, sondern weil wir damit auch keinen Erfolg hätten. Richtig ist doch vielmehr, dass wir dort sind, weil wir mit unseren Partnern die Freiheit verteidigen, auf der Grundlage unserer Wertvorstellungen zu leben. Dazu gehört unabdingbar eine freie, offene Gesellschaft, in der Bürgerrechte gewahrt bleiben, und, dass wir vor überflüssigen Einschränkungen geschützt sind. Da, wo sie drohen, müssen wir ihnen beherzt entgegenreten. Das wird umso überzeugender geschehen können, je größer die Bereitschaft ist, vor den tatsächlichen Gefährdungen nicht die Augen zu verschließen.

*Michael F. Harsch*

## **Verkürzte Debatte, mangelhafte Strategie**

### **Warum der Afghanistan-Einsatz kaum öffentliche Zustimmung findet**

*Unmittelbar nach den erschütternden Anschlägen vom 11. September 2001 unterstützte noch eine deutliche Mehrheit der Deutschen ein militärisches Engagement in Afghanistan. Doch schon seit Jahren ist die Stimmung gekippt. Eine stabile Mehrheit der Deutschen lehnt den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ab. Inzwischen befürworten in Umfragen sogar etwa 70 % der Bevölkerung einen Abzug. Warum findet der Afghanistan-Einsatz so geringe Zustimmung in Deutschland?*

#### **Michael F. Harsch**

(\* 1981) promoviert im Fach Politikwissenschaften an der FU Berlin und ist Sprecher des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der Stipendiatinnen und Stipendiaten der FES. 2008/09 war er Visiting Fellow an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University in Washington, DC.  
michael.harsch@fu-berlin.de



Zunächst gilt es sich vor Augen zu führen, dass die Bundeswehr bis 1990 an keinem Auslandseinsatz beteiligt war. Nach den Kontroversen über Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets (*out-of-area*) Anfang der 90er Jahre beteiligte sich die Bun-

desrepublik im Rahmen der Luftschläge gegen das ehemalige Jugoslawien 1999 zum ersten Mal an einem Kriegseinsatz. Der seit 2002 andauernde »Stabilisierungseinsatz« im Tausende von Kilometern entfernten Afghanistan ist in den letzten Jahren zu einem Guerillakrieg mit einer erstarkten Aufstandsbewegung eskaliert. Inzwischen sind fast viereinhalbtausend deutsche Soldaten im Land stationiert.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die politischen Eliten eine (partielle) Neudefinition des außenpolitischen Selbstverständnisses Deutschlands durchgesetzt. Dabei wurde insbesondere im Falle Afgha-